

Deutschland.

Berlin, 25. Februar. Das Zollparlament wird wahrscheinlich um die Mitte des nächsten Monats zusammentreten können. Die Vorlagen für den zum 2. März einberufenen Zoll-Bundestag sind soweit vorbereitet, daß die Beratung derselben im Bundestage bis zu dieser Zeit vollendet sein wird. — Ueber die Rede, welche der König Georg beim Welfenfest gehalten hat, erfährt man nachträglich, daß sie noch herausfordernder gelaundet hat, als aus der von den Wiener Blättern wiedergegebenen Version heraus zu lesen gewesen ist. König Georg hat zur Erhaltung des größten Welfenreichs aufgefordert und scheint demnach für dasselbe auch das Gebiet der rothen Erde in Anspruch nehmen zu wollen. Er hat sich überhaupt den Gästen gegenüber in sehr drastischer Weise geäußert. Von diesen Gästen sind übrigens diejenigen, bei denen man nicht die richtige Gesinnung vorausgesetzt hat, von dem Hofmarschall Grafen Wedell, der sich durch seine Körperstärke auszeichnet, schon vor Beginn des Festes entfernt worden. — Es ist nicht unmöglich, daß die Regierung dem Landtage zur schleunigen Beschlußfassung noch eine Vorlage, die Segregation der dem König Georg gewährten Abfindungssumme betreffend, machen wird. Als Termin für den Sessions-schluß wird von der Regierung der 28. oder 29. Februar festgehalten. Der Schluß des Landtages wird neuen Nachrichten zufolge wahrscheinlich vom Könige vollzogen werden. — Im Verlage von Wilhelm Herr (Vessersche Buchhandlung) in Berlin ist unter dem Titel: „Zwei Jahre preussisch-deutscher Politik, 1866 bis 1867“ eine Sammlung amtlicher Kundgebungen und halbamtlicher Äußerungen, von der Schleswig-holsteinischen Krise bis zur Gründung des Zollparlaments, vom König. Geh. Reg. Rath im Ministerium des Innern, Dr. Ludwig Hahn erschienen. Das umfangreiche Buch enthält eine vollständige, von sachkundiger Hand geordnete Sammlung der wichtigsten, auf die Entwicklung Preussens und Deutschlands in den letzten beiden Jahren bezüglichen Aktenstücke, wie sie bis jetzt noch nicht vorhanden ist, und wird eine eben so große und allgemeine Beachtung finden, wie eine bereits früher von demselben Verfasser veranstaltete ähnliche Zusammenstellung unter dem Titel: „Die innere Politik der preussischen Regierung von 1862—1866.“ Das Buch zerfällt in 6 Abschnitte: die deutsche Krise bis zum Ausbruch des Krieges; 6 Abschnitte: die deutsche Krise bis zum Ausbruch des Krieges; die Wiederherstellung des inneren Friedens; die Vereinigung und Verschmelzung der neuen Provinzen mit der preussischen Monarchie; die Gründung des nord. Bundes und die preussischen Verhältnisse; ein klares und zusammenhängendes Bild über die denkwürdige Geschichte der letzten beiden Jahre. Man kann sagen, daß in dem Buche eine Geschichtsschreibung in Aktenstücken (offiziellen Reden und Äußerungen, Proklamationen, Depeschen, Denkschriften, Verträgen und andern amtlichen Dokumenten) gegeben ist, welche durch die beigefügten erläuternden amtlichen oder halbamtlichen Artikel die nöthige Beleuchtung erhalten. Demnach ist das Werk nicht nur ein Schatz für die Geschichtsschreiber und ein Hilfsbuch für die Publizisten und Zeitungsleser, sondern auch ein interessantes Lesebuch für das große Publikum jeglichen politischen Standpunktes, das sich über die großen Ereignisse der letzten Jahre, in denen das deutsche Einigungswerk unter Preussens glorreicher Führung so gut wie vollendet ist, belehren und an derselben erfreuen will. — Der Königl. Gesandte für Brasilien, N. Pierre ist am 15. Januar auf seiner Bestimmung in Rio de Janeiro angekommen. — Heute hat die hier aufweisende Deputation der Menoniten aus der Weichselniederung auch eine Audienz bei Sr. Maj. dem Könige gehabt, wahrscheinlich um ihre Bitte auch an Allerhöchste Stelle vorzutragen, gegen Entrichtung einer Abgabe nach wie vor vom Militärdienst befreit zu bleiben. — Im Monat Mai stehen drei größere Ausstellungen bevor: Die internationale Maschinen-Ausstellung in Breslau, wozu die Anmeldungen bis zum 1. April erfolgen müssen, die landwirtschaftliche Ausstellung zu Bromberg, zu welcher die einzuschickenden Gegenstände bis zum 1. März anzumelden sind, und der internationale Zucht-, Maschinen-, sowie Maschinen- und Geräth-Markt zu Prag, zu welchen die Anmeldungen bis zum 20. April eingehen müssen.

Berlin, 25. Februar. Se. Majestät der König empfingen heute die Vorträge des Ministers des Kultus und des Unterrichts, v. Müllers, des General-Majors v. Treschow und des Kontré-Admirals Jachmann, nahmen militärische Übungen entgegen und ertheilten einer Deputation von Menoniten Audienz. Der Hauptmann v. Scholten vom 4. Garde-Regiment zu Fuß überreichte Sr. Maj. dem Könige den Kolben Adlerorden 1. Kl. des verstorbenen General-Lieutenants a. D. v. Scholte. — In dem von dem Bundeskanzleramt vorgelegten Entwurfe eines Gewerbegesetzes ist, wie dies zu erwarten war und wohl auch zu rechtfertigen ist, die Anlegung von Apotheken nicht frei, vielmehr von der Bewilligung der Oberbehörden abhängig, welche nur den ordnungsmäßig geprüften Pharmazeuten dieselbe ertheilen können. Dagegen sollen die medizinischen und pharmazeutischen Staatsprüfungen in dem ganzen Gebiete des norddeutschen Bundes gegenseitig anerkannt werden, so daß für Ärzte und Apotheker die Freizügigkeit bedingungslos gewährleistet wäre und die Prüfungs-wiederholungen ausfielen. — Der Kammerherr der Königin-Wittve, Oberst Freiherr v. Canitz, ist nach längerem Leiden am 22. d. M. hier gestorben. — Die türkische Regierung hat den englischen Kapitän Howard mit einem Gehalt von 20,000 Thaler engagiert, um die kretische Blokade endlich wirksamer zu machen. Kapitän Howard war während des amerikanischen Krieges als Blokadebrecher berühmt, da er seine Contrebande siebenzehn Mal am Ufer der Südküste glücklich landete. Er soll jetzt an der Seite des türki-

schon Kommandanten seine Kapazität in der umgekehrten Weise zeigen.

— Die Pforte hat der serbischen Regierung angezeigt, daß sie einen Kommissar nach Belgrad schicken werde, um sich vom Stande der dortigen Rüstungen zu überzeugen, und je nachdem ihre Handlungsweise einzurichten. Der Fürst von Serbien bestreitet, daß die Pforte dazu ein Recht oder eine Veranlassung habe und weigert sich, den Kommissar zu empfangen, oder irgendwie amtlich zu unterstützen. Vermuthlich wird man den Plan, der von dem pulsirenden Frankreich eingegeben zu sein scheint, fallen lassen.

— Die Pforte läßt Schabtsal und die anderen Punkte, deren Abtretung von den Montenegroern verlangt wird, befestigen. Mittlerweile hält man die montenegrinischen Gesandten in der Hoffnung auf Gewährung ihrer Bitte in Konstantinopel.

— Ein Nachkomme des berühmten Erfinders der Luftpumpe, des Bürgermeisters Otto Gebrüde aus Magdeburg, hat gegenwärtig die Erfindung eines Lichtes gemacht, welches sich für Lichtzeichen bei Leuchttürmen u. s. w. besonders eignet. Herr Gebrüde erleuchtet mit diesem, in Gestalt eines riesengroßen Bouquets erscheinenden Lichte abendlich die Werderstraße und die Schleusenbrücke oben vom Pränserischen Museum herab.

— Die Wissenschaft hat einen herben Verlust erlitten, das preussische Königshaus einen größeren an seinem treuesten, erforschten und geschichtskundigsten Historiographen, der kleine Kreis seiner mit ihm alt gewordenen Freunde den größten. Professor Dr. Joh. David Erdmann Preuß, geistig und körperlich frisch, und trotz seiner 83 Jahre noch immer wirksam und regsam, ist gestern Morgen 2 Uhr verstorben.

— Die Resultate der Volkszählung vom 3. Dezember sind jetzt zusammengestellt und — wir bedauern es sagen zu müssen, — lauten keineswegs erfreulich. Die Bevölkerungszunahme des ganzen Staats, an welcher die Regierungsbezirke Düsseldorf, Dypeln und Berlin das Hauptverdienst tragen, ist eine viel schwächere als in früheren Zeiten. In einer ganzen Anzahl von Regierungsbezirken, als Kassel, Wiesbaden, Münster und Minden hat sogar Abnahme der Bevölkerung stattgefunden. Der Krieg, die Cholera und die ungünstige Witterung haben sich eben bemerklich gemacht.

Berlin, 25. Februar. Herr v. H. 16. Sitzung. Mittags 12¼ Uhr vom Präsidenten Herrn Grafen Gierhard zu Stolberg-Wernigerode eröffnet. Am Ministerische: Regierungskommissarien Graf Westarp, von Möller, Walfsheim. Die aus dem andern Hause gekommenen Entwürfe, betreffend die Auerthalbeiträge für die Zoll-Erläuben und das Expropriations-Gesetz im Besitze des Oligarchen und Oligarchen, werden durch Schlußberatung erledigt werden; über den ersteren wird Herr v. Diesberg, über den zweiten Herr v. Bernuth berichten. Die heute erwarteten Entwürfe sollen auf gleiche Weise ihre Erledigung finden, und Herr Denhardt wird über die mit den Salinen Halle und Lüneburg abgeschlossenen Verträge, Herr Camphausen (Berlin) über die Abänderung der Stempelsteuer im Regierungsbezirk Wiesbaden, Herr v. Malshahn über den Entwurf, betreffend die Schließung der Spielbanken, berichten.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein: Schlußberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die Verstärkung der Gehaltsmittel zur Abhilfe des in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen herrschenden Nothstandes. (Minister v. d. Heydt tritt ein.) Referent v. Tettau empfiehlt die Annahme der Vorlage in der Fassung, wie sie vom Abgeordnetenhaus beschlossen worden ist. Er erhebt, fährt er aus, gleich bei Vorlage des ersten Entwurfs, die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die damalige Forderung der Regierung nicht ausreichen werde, und das habe sich bestätigt. Der gegenwärtige Entwurf werde genügen und es sei zu hoffen, daß der Staat für die hilfsbedürftigen Lehrer, und für die Krankenfürsorge etwas thun werde, wenn die Privathilfe nicht ausreichen sollte. Die Beschränkung auf Ostpreußen sei gerechtfertigt, eine Ausdehnung auf Vor- und Hinterpommern, auf andere Landestheile nicht zu empfehlen. Die geforderte Summe von 3 Millionen möge vorläufig genügen; je höher die Forderung, desto mehr Bedürfnisse würden sich geltend machen, und bei so geringer Summe sei der Ausweg mit Schulanweisungen geeignet. Die vom Abgeordnetenhaus zur Vorlage gemachten Abänderungen seien von der Regierung acceptirt, es lasse sich auch gegen dieselben nichts einwenden. (Minister Graf Tettau ist eingetreten.) Mit Hülfe dieser Zuwendungen und der Eisenbahnen werde hoffentlich die Provinz einen solchen Wohlstand erhalten, daß sie künftig in solche Kalamitäten nicht wieder gerath. — An der Debatte theilnahmen sich die Herren: Finanzminister v. d. Heydt, Graf Ranitz, v. Bülow, v. Manteuffel, v. Senff. Hierauf wird das ganze Gesetz mit großer Majorität angenommen. — Es folgt die Beratung über den Entwurf, betreffend die Verwendung der Jagdscheingebühren in den neuen Landestheilen. Der Freiherr von Bodelschwingh empfiehlt als Referent die Annahme des Entwurfs, der zwei verschiedene Materialien behandelt, und hebt hervor, daß die Versicherung der Regierung, in der nächsten Session ein allgemeines Jagdpolizeigesetz vorlegen zu wollen, gewiß bei allen politischen Parteien freudig aufgenommen werden würde. — Der Gesetzentwurf wird angenommen. — Als letzter Gegenstand der Tagesordnung folgt der Bericht der 8. Kommission über Petitionen, die aus Anlaß der Unterichtsgeetze eingegangen sind. Referent Herr v. Mebing beantragt die Ueberweisung sämtlicher Petitionen an den Kultusminister. — Dr. Tettau bedauert, daß der Gegenstand selbst im Hause nicht beraten werden kann und unerledigt bleibt. — Herr v. Kröcher: Daran ist die Kommission nicht Schuld; ich theile übrigens das Bedauern des Vorredners. Die Vorlage der Kommission ist keineswegs unvollkommen, bedarf keiner Zusage, und ich würde mich freuen haben, die Vorlage vor dem Hause zu verteidigen und zur Annahme zu empfehlen. — Der Kommissionsantrag wegen Ueberweisung der Petitionen an das Kultusministerium wird angenommen, die Sitzung um 2 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

(Haus der Abgeordneten.) 56. Sitzung. Eröffnung 10¼ Uhr. Am Ministerisch der Finanzminister und mehrere Kommissare. — Vor der Tages-Ordnung erhält das Wort Abg. v. Hoyerbed, der ein Schreiben des Geheimen Finanzraths Ambromm mittheilt, in welchem mit Bezug auf den vom Redner und dem Abg. v. Sauten (Zulienfelde) eingebrachten Antrag, betreffend den Erlaß der unteren Kategorien der Klassensteuer in Ostpreußen, nähere Mittheilungen über den bezüglichen Erlaß des Finanzministers gemacht werden und aneinandergelegt wird, daß der Hauptzweck dieses Antrages durch jenen Erlaß bereits erreicht sei. Redner zieht demgemäß in seinem und des Abg. v. Sauten Namen obigen Antrag zurück. — Der erste Gegenstand der Tagesordnung, die Interpellation des Abg. Windthorst (Meppen) (s. u.) wird einem schriftlich ausgesprochenen Wunsch des Handelsministers zufolge bis zum Schluß der Sitzung verschoben. — Abg. Agricola berichtet über den mit der Pfämerschaftlichen Saline zu Halle am 7. Februar 1868, den mit den Interessenten der Saline zu Lüneburg am 10. Dezember 1867 abgeschlossenen Vergleich und

über die bezügliche Petition des Magistrats zu Halle. Durch die Verträge übernehmen die Pfämerschaften die bisherigen Staatssalinen resp. werden in deren Besitz befähigt; zugleich werden die Modalitäten der Uebernahme der Verwaltung u. s. festgelegt. Referent beantragt die Genehmigung, die nach kurzer Debatte beschlossen wird. Die Petition ist damit erledigt. — Es folgt der Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Einführung von Grund- und Hypothekendbüchern und die Verpändung von Schiffen in Neu-Vorpommern und Rügen. — Referent Wagener (Frankfurt) empfiehlt die Genehmigung des Gesetzentwurfs, wie er aus den Beratungen des Herrenhauses hervorgegangen ist. — Abg. Waldeck spricht unter Anrede des Hauses gegen den Entwurf und im Allgemeinen über die großen Mängel der Hypothekengesetzgebung. — Der Justizminister, welcher mittlerweile eingetreten, empfiehlt die Annahme des Entwurfs. Er solle provinzielles Recht schaffen, wie er von provinziellen Organen geschaffen sei. Den Kreditbedürfnissen werde damit entsprochen, so weit es gegenwärtig möglich sei. Untergeordnete formelle Bedenken müssen weichen gegenüber den sachlichen Interessen der Provinz. Der §. 56 der Vorlage entspreche der altsächsischen Auffassung. Er erkenne an, daß eine Hypothekend-Ordnung für den norddeutschen Bund, jedenfalls für die Monarchie zu erstreben sei, das Ziel sei aber noch nicht so bald zu erreichen. Einige Jahre werden noch darüber hingehen. Jedenfalls bedürfe es aber einer schleunigen Reform der Hypothekend-Ordnung aus dem Jahre 1783, welche schon für das nächste Jahr ins Auge zu fassen sein werde. — Es wird darauf der Gesetzentwurf angenommen. — Es folgt die Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung der Gesetzentwürfe, betreffend 1) die fernere Stellung der Verordnungen vom 30. Mai 1849 für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in den neu erworbenen Landestheilen; 2) die anderweitige Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten. — Der Präsident schlägt mit Rücksicht auf die Lage der Session vor, den ersten Gesetzentwurf durch Schlußberatung zu erledigen, den zweiten einer Kommission von 42 Mitgliedern zu überweisen. — Abg. v. Vinde-Minden: Dem ersten Theile des Vorschlages schließe ich mich an, dagegen kann ich den zweiten nur als ein Spiel mit den Formen des Hauses bezeichnen, da doch tatsächlich Niemand im Hause glaubt, daß eine Kommission, wie die vorgeschlagene, einen so wichtigen und umfangreichen Gesetzentwurf noch zu bewältigen im Stande wäre.

Abg. v. Unruh: Es bleibt uns nichts übrig, als den zweiten Gesetzentwurf entweder abzulehnen oder einer Kommission zu überweisen. Trotz aller Bedenken, deren Berechtigung ich anerkenne, schließe ich mich in einer solchen Lage dem Vorschlage des Präsidenten an. — Abg. v. Goyerbed: Beide Gesetzentwürfe müssen einer gleichen Behandlung unterliegen, da sich die Wahlen in den alten und neuen Provinzen nicht von einander sondern lassen. Durch Schlußberatung ein so wichtiges Gesetz erledigen zu wollen, halte ich für unmöglich; ich beantrage daher, beide Gesetzentwürfe einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen. — Abg. Graf Schwerin: Wenn man beschließen sollte, die Wahlbezirkordnung einer Kommission zu überweisen, so möchte ich, daß die Wahl derselben bis zum Freitag ausgeführt werde. (Beitritt.) — Abg. Tettau: Ich bedauere die Abwesenheit des Ministers des Innern, da ich von ihm einen Antrag Behufs einer gesetzlichen Verlängerung des Provisoriums erwartete. In der Voraussetzung eines solchen schließe ich mich dem Antrage an Schlußberatung an, weil sie uns die Möglichkeit eines Ausweges gewährt. Ich sehe in dem Vorschlage nur eine Form, die Angelegenheit für diese Session zu begeben und werde in diesem Sinne für denselben stimmen. — Abg. Windthorst-Meppen beantwortet den Antrag des Abg. v. Goyerbed als den einzig richtigen. — Abg. Fester: Wir alle wären gern bereit gewesen, einem Antrage des Ministeriums auf Verlängerung des Provisoriums zuzustimmen. Da uns ein solcher Antrag nicht vorliegt, so muß ich mich auch gegen die Schlußberatung erklären. Jeder weiß, wie er in die Schlußberatung hineingeht, aber Niemand, wie er aus ihr herauskommt, und ich fürchte, die Schlußberatung könnte zu einer ernstlichen Erledigung führen, die bei einem so wichtigen, man darf sagen, dem wichtigsten Gesetz unmöglich in so kurzer Zeit herbeigeführt werden darf. In Bezug auf den ersten Entwurf würde ich deshalb nur einer Verlängerung des Provisoriums zustimmen, die Beschlußfassung über die Behandlung der zweiten Vorlage aber beantrage ich auszuschieben, und zwar nicht nur bis zum Freitag, sondern auf etwa 8 Tage, damit wir die Beweiskraft haben, ein Beschluß nicht mehr in dieser Saison fassen zu können. — Abg. v. Vinde-Minden erklärt sich bereit, sich dieser Komödie anzuschließen. — Abg. Graf Schwerin (für Schlußberatung): Der Herr Minister wenn er auch nicht auf dem Platze ist, wird doch durch die Berichte von dem Wunsche des Hauses Kenntniß erhalten, einen Antrag auf Verlängerung des Provisoriums vorgelegt zu sehen. Die Erledigung eines solchen Antrages kann auf dem Wege der Schlußberatung herbeigeführt werden. — Das Haus beschließt, den ersten Entwurf nach dem Antrage des Abg. v. Goyerbed einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, die Beschlußfassung über den zweiten aber auf unbestimmte Zeit zu vertagen. — Es folgt der Bericht über den Gesetzentwurf wegen Aenderung der Stempelsteuer in den Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt Frankfurt a. M. Der Tarif umfaßt 107 Positionen, von denen hier 59 bis 107 zur Sprache kommen. Ref. Krieger empfiehlt Annahme des Entwurfs mit unerheblichen Abänderungen.

Das Endergebnis endloser, meist zweifelhafter Abstimmungen ist Annahme des Regierungsentwurfs mit den Aenderungen der Kommission, also Streichung der beiden Gesandten, mit dem Amendement Bähr auf Befreiung des Denunciantenanteils, mit dem Antrage Meins und einer Resolution Bährs, die Regierung möge die Stempelsteuer-Gesetzgebung einer eingehenden Revision unterziehen. — An dieser Stelle schaltet der Präsident die Interpellation des Abg. Windthorst ein: Ob die Regierung entgegen der ursprünglichen Absicht, die Paris-Hamburger Eisenbahn zwischen Osnabrück und Bremen auf dem direkten Wege durch die Provinz Hannover zu führen, damit umgehe, dieselbe durch oldenburgisches Territorium zu leiten? In den betreffenden Landestheilen sei durch dieselben eine erhebliche Beunruhigung herbeigeführt. — Abg. Windthorst-Meppen begründet dieselbe durch den Hinweis auf die großen Nachteile, die Hannover durch eine Veränderung der ursprünglich projektirten Bahnrichtung zwischen Osnabrück und Bremen erleiden würde. Trotz aller bundesfreundlichen Rücksichten auf Oldenburg dürften dieselben doch nicht so weit gehen, daß man den eigenen Kindern das Brot nehme, um es andern zu geben. Bis her habe er stets bei den hiesigen maßgebenden Behörden eine solche Sachkenntnis gefunden, daß er mit Vertrauen einer Widerlegung der erwähnten Gerüchte entgegenstehe. — Der Handelsminister: Ueber die Richtung der Eisenbahn zwischen Osnabrück und Bremen sind die verschiedenartigen Anträge aus diesen und jenen Theilen des norddeutschen Bundes vorgebracht worden, die Staatsregierung hat noch keine Entscheidung gefaßt, bis jetzt sind alle Gerüchte, mögen sie diese oder jene Richtung hoffen oder fürchten, voreilig und unbegründet.

Das Haus beschließt um 3¼ Uhr die Vertagung. Das Wort verlangt zum Schluß der Minister des Innern: Zu meinem Bedauern bin ich durch meine Geschäfte heute Morgen verhindert gewesen, so zeitig im Hause zu erscheinen, am bei der Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung der von mir vorgelegten Gesetzentwürfe gegenwärtig zu sein. Nachdem das Haus nun den Beschluß gefaßt hat, die Angelegenheit einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, kann ich nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß die Wahl dieser Kommission so schnell als möglich erfolge, und daß sie so schnell als möglich zusammentrete, weil die Regierung einen großen Werth darauf legt, für die Zwischenzeit zwischen den beiden Sessionen einen legalen Boden zu gewinnen, sollte derselbe auch nur auf dem Wege des Provisoriums zu Stande kommen.

